

## Pressemitteilung

### Müller: Wir stellen uns auf Kurzarbeit ein

Zweite Branchenumfrage zu Folgen des Ukraine-Krieges. Lage hat sich weiter verschärft. Aufträge werden storniert.

Die Lage in der Bauwirtschaft hat sich weiter verschärft – das bestätigt eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie. Hauptgeschäftsführer Tim-Oliver Müller erklärt: „Mittlerweile ist fast jedes Unternehmen direkt oder indirekt von den Folgen des Krieges in der Ukraine betroffen.“

23/22  
Berlin, 11.04.2022

Die Hauptprobleme: Preissteigerungen (90 Prozent) und Materiallieferengpässe (zu 80 Prozent). Die Unternehmen berichten unisono, dass Materiallieferanten nur noch tagesaktuelle Preise geben. Über 80 Prozent gaben sogar an, dass Lieferanten überhaupt keine Preiszusagen mehr geben würden. Dies führt am Ende zu einem enormen wirtschaftlichen Risiko und Schwierigkeiten bei der Kalkulation neuer Angebote. So ist es bisher gelungen, nur mit rund einem Drittel der Auftraggeber so genannte Preisgleitungen zu vereinbaren, damit die Unternehmen die Risiken nicht allein schultern müssen. In der Konsequenz geben über 30 Prozent der Bauunternehmen keine neuen Angebote mehr ab.

Um die Situation für die Unternehmen zu entschärfen, müssen dringend auch Länder und Kommunen die kürzlich mit dem Bund vereinbarten Regelungen über Preisgleitklauseln übernehmen.

Doch nicht nur das: Zum Preis-, Material- und Energierisiko kommt auch ein Nachfragerisiko hinzu. Rund 40 Prozent der Auftraggeber stellen Projekte zurück, 30 Prozent der Auftraggeber stornieren sogar Projekte. Verbunden mit den Aussagen eines großen, norddeutschen Verbandes der Wohnungswirtschaft, dass ein deutlicher Rückgang beim Wohnungsneubau zu erwarten sei, ist die Gefahr also reell, dass die Konjunktur in der Bauwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Die Folgen wären gravierend. Damit wird auch die Luft dünner, um die baupolitischen Ziele noch zu erreichen.

Müller: „Die Situation ist absurd. Vor Wochen hat die Branche noch händeringend um Arbeitskräfte geworben, heute müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die halten, die wir haben. Wir stellen uns darauf ein, dass Unternehmen bald Kurzarbeit anmelden müssen.“

### **Die Ergebnisse der zweiten Umfrage im Detail:**

Umfragezeitraum: 4. bis 7. April 2022. Über 300 Unternehmerinnen und Unternehmer haben teilgenommen, davon beziehen 27 Prozent Baumaterial aus Russland oder aus der Ukraine.

- **91 Prozent sind von direkten oder indirekten Auswirkungen betroffen (Vorumfrage: 83 Prozent).** Davon gaben 84 Prozent an, dass die genannten Probleme stark, bzw. sogar sehr stark ausgeprägt sind.
- 90 Prozent der Umfrageteilnehmer (nicht der Betroffenen) klagten über Preissteigerungen bei Baumaterial (Mehrfachnennungen möglich) und 80 Prozent über Lieferengpässe (Vorumfrage: 79 Prozent bzw. 64 Prozent)
- 85 Prozent gaben an, dass die Lieferanten **nur noch tagesaktuelle Preise** geben, 84 Prozent gaben sogar an, dass **überhaupt keine Preiszusagen** mehr gemacht werden (Mehrfachnennungen möglich; Vorumfrage: 74 Prozent bzw. 72 Prozent). 81 Prozent klagten über Preissteigerungen beim Transport (Vorumfrage: 73 Prozent). 49 Prozent beklagten Logistikprobleme und 13 Prozent einen Fachkräftemangel wegen fehlender Arbeitskräfte aus den betroffenen Regionen (Vorumfrage: 41 Prozent bzw. 8 Prozent).
- Die **Lieferengpässe und Preissteigerungen betreffen überwiegend Dieselkraftstoff und Stahl:** 78 Prozent, bzw. 76 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben dies an (Mehrfachnennungen möglich). Die starken Preissteigerungen des Vorjahres werden sich somit weiter fortsetzen. 57 Prozent berichteten über Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Bitumen und Asphalt, 42 Prozent bei Holz, 55 Prozent bei Zement/Beton und 28 Prozent bei Spundwänden. 71 Prozent berichteten von steigenden Energiekosten.
- 71 Prozent der Betroffenen berichteten von **Verzögerungen bei laufenden Bauprojekten** (Vorumfrage: 72 Prozent).
- Bei 89 Prozent der Betroffenen hatten die Probleme **Auswirkungen auf die Angebotsabgabe** (Vorumfrage: 84 Prozent). Diese sind:
  - In Bezug auf die gesamten Umfrageteilnehmer gaben 51 Prozent an, wenn möglich nur noch Auftraggeber zu bevorzugen, die eine Preisgleitung akzeptieren (Vorumfrage: 39 Prozent).
  - Mittlerweile geben 33 Prozent der Umfrageteilnehmer an, dass man sich mit dem Auftraggeber auf eine Preisgleitung geeinigt hätte (Vorumfrage: 18 Prozent).
  - Allerdings geben auch 47 Prozent an, dass sie Preissteigerungen nicht weitergeben können und somit das Angebot auf eigenes Risiko erfolgt (Mehrfachnennungen möglich).
  - 32 Prozent berichteten, dass sie **keine Angebote mehr abgeben können**.
- **40 Prozent** gaben an, dass der Auftraggeber sein **Projekt zurückgestellt** hat (Vorumfrage: 23 Prozent).
- **29 Prozent** der Betroffenen berichteten, dass sie von **Auftragsstornierungen** betroffen seien (Vorumfrage: 24 Prozent).